

Protokoll

Arbeitssitzung des *Runden Tisches Berlin* am 13.2.2019

Teilnehmer/innen: Siehe anliegende Liste

TOPs

1. Begrüßung, Verabschiedung Tagesordnung
2. Leitlinien der WHO und aktueller Stand der Umsetzung in Berlin
3. Umsetzung des Arbeitsauftrags „Ermittlung erfolgter Maßnahmen, Bedarf und Handlungsmöglichkeiten in den Organisationen“
4. Absprachen zur Zusammenarbeit und Vorbereitung der 1.Sitzung des Runden Tisches

TOP 1 Begrüßung

Die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle begrüßen die Teilnehmenden (TN-Liste, Anlage 1). Es folgt eine kurze Vorstellungsrunde. Die Tagesordnung (s.o.) wird bestätigt.

TOP 2 Leitlinien der WHO und aktueller Stand der Umsetzung in Berlin

Anknüpfend an die Auftaktveranstaltung stellen die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle die Leitlinien der WHO, den aktuellen Stand der Umsetzung in Berlin und Versorgungslücken vor (siehe Präsentation, Anlage 2).

Im Anschluss erfolgt ein vertiefender Austausch zu „Lücken in der Versorgung“ und „Handlungsbedarf“. Es kristallisieren sich mehrere Themen heraus, die aus Sicht der Teilnehmer/innen weiter bearbeitet werden sollten. Folgende Vorschläge werden formuliert:

Einrichtung einer Fachgruppe zur Frage der Finanzierung von Versorgungsleistungen im Themenfeld häusliche/sexualisierte Gewalt

Alle Anwesenden sind sich einig, dass systematische, verbindliche Versorgungs- und Interventionsangebote Ressourcen erfordern. Für die weitere Bearbeitung werden folgende Aspekte benannt:

- Berücksichtigung des Bedarfs aller Versorgungsbereiche und Berufsgruppen (stationäre/ambulante ärztliche Leistungen, Hebammen/Geburtshilfe, Physiotherapie und weitere Heilberufe)
- Einbezug von Ressourcen für die erforderliche sektorenübergreifende Zusammenarbeit/Vernetzung
- Umfassende Berücksichtigung gesundheitlicher Folgen, d.h. auch, psychischer und psychosomatischer Langzeitfolgen sowie des Bedarfs, der sich aus der Mitversorgung involvierter Kinder ergibt
- Klärung von Möglichkeiten der medizinischen und medikamentösen Versorgung mittelloser oder nicht krankenversicherter Betroffener
- Beachtung bundesweiter Zuständigkeiten, Einbezug potentieller Kostenträger

Einrichtung einer Fachgruppe zur Klärung von Möglichkeiten und Verfahren der Integration des Themas in die Aus- und Weiterbildung der Gesundheitsberufe sowie zum Fortbildungsbedarf

Alle Anwesenden erneuern den bei der Auftaktveranstaltung formulierten Bedarf, die Thematik in den Ausbildungsgängen der Gesundheitsberufe, in die Fortbildung und in den Weiterbildungsgängen zu verankern. Anregungen für die weitere Bearbeitung:

- Festlegen der Themen und Aspekte, die zu vermitteln sind (Inhalte/Ziele). Ggf. Ergänzung der entsprechenden Empfehlungen der WHO.
- Sammlung/Präsentation Guter Praxis in der Umsetzung. Als positives Beispiel wird die Verfahrensweise einer Berliner Pflegeschule benannt (Einbindung in gewaltbezogene Themenwochen).
- Beachtung interdisziplinärer Qualifizierungsmöglichkeiten, z.B. unter Einbezug von Einrichtungen der Familien-, und der Kinder-/Jugendhilfe sowie der Frühe Hilfen. Hintergrund ist die im Themenfeld erforderliche Zusammenarbeit.
- Einbindung weiterer für Aus-, und Weiterbildung der Gesundheitsberufe wichtige Akteur/innen in die U-AG. Benannt wird u.a. das Kompetenzzentrum Weiterbildung Berlin (Allgemeinmedizin).

Einrichtung einer Fachgruppe zur Bearbeitung des Bedarfs nach versorgungsbezogenen Daten und Versorgungsforschung

Die Anwesenden betonen den Bedarf nach versorgungsbezogenen Daten im Themenfeld häusliche/sexualisierte Gewalt, Intervention und Wirkung von Interventionen. Anregungen für die weitere Bearbeitung:

- Einbezug weiterer Akteur/innen aus dem Forschungsfeld prüfen, benannt wird z.B. das Dt. Netzwerk Versorgungsforschung.
- Prüfung möglicher Schnittstellen zu bundesweiten Forschungsaktivitäten z.B. im Zusammenhang mit der Istanbul-Konvention und Berliner Aktivitäten im Zusammenhang mit der Umsetzung der Integrierten Maßnahmenplanung Sexuelle Gewalt.
- Bearbeitung und Klärung datenschutzrechtlicher Fragen im Kontext von Versorgung, Datenerhebung und Forschung.

Einrichtung einer Fachgruppe zur Prüfung möglicher (rechtlicher) Vorgaben für den Umgang mit häuslicher und sexualisierter Gewalt in Einrichtungen der Gesundheitsversorgung

Hintergrund sind vorliegende Erfahrungen, dass es klarer Vorgaben und Regelungen bedarf um systematische, dauerhafte Änderungen zu erzielen sowie die beispielhafte Feststellung, dass die bestehende Vorgabe im Landeskrankenhausplan 2016-2020 bereits positive Wirkung entfaltet hat. Zu prüfen ist, welche Versorgungsbereiche in welcher Weise erreicht werden können. Beispielhaft benannt werden Vorgaben für das Qualitätsmanagement, weitere Regelungen im Landeskrankenhausplan und im Krankenhausgesetz. Die Anwesenden betonen, dass bei rechtlichen Vorgaben zur Erstversorgung und Intervention auch deren Finanzierung zu gewährleisten ist.

Inhaltliche Ergänzung der WHO Leitlinien

Die Anwesenden unterstützen die bereits bei der Auftaktveranstaltung benannte und heute von der Geschäftsstelle eingebrachte Ergänzung der WHO Leitlinien um folgende Aspekte:

- Versorgung betroffener Männer
- Versorgung betroffener Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderungen
- Versorgung von Menschen mit Migrations- und/oder Fluchthintergrund
- Schnittstellen zum Kinderschutz

Zur Klärung des Bedarfs und möglicher Ergänzung der Leitlinien wird die Geschäftsstelle Expertengespräche zu o.g. Themen organisieren und - soweit möglich - für die 1. Sitzung des Runden Tisches bereits erste Vorlagen erstellen.

Alle Teilnehmenden des Runden Tisches werden zu den Expertengesprächen eingeladen und im Vorfeld um Beteiligung / Benennung von Experten gebeten.

Die Ergebnisse der Gespräche werden protokolliert.

TOP 3 Umsetzung des Arbeitsauftrags „Ermittlung erfolgter Maßnahmen, Bedarf und Handlungsmöglichkeiten in den Organisationen“

Frau Schönbach (SenGPG) stellt das Vorgehen der Senatsverwaltung vor. Es sieht den Einbezug aller relevanten Abteilungen der Senatsverwaltung vor. Das zu diesem Zweck entworfene Informationsschreiben an alle Abteilungen wird den Teilnehmer/innen des Runden Tisches zur Verfügung gestellt. (Anmerkung: Die Unterlage wurde bereits am 20.2.2019 an alle Teilnehmer/innen des Runden Tisches versandt)

Für weitere Rückfragen und Unterstützung bei der Vorstellung des Vorhabens in den Organisationen steht die Geschäftsstelle sehr gerne zur Verfügung.

Die Geschäftsstelle betont, dass die Rückmeldungen der Organisationen eine wesentliche Grundlage für die Erstellung des Arbeitsplans sein werden. Die Ergebnisse werden als „Übersicht Stand“ und „Übersicht Bedarf/Handlungsmöglichkeiten“ für die 1. Sitzung des Runden Tisches zusammengestellt werden.

TOP 4 Absprachen zur Zusammenarbeit und Vorbereitung der 1. Sitzung des Runden Tisches

Für die weitere Kommunikation wird eine Kontaktliste angelegt. Auch die heute nicht anwesenden Teilnehmer/innen des Runden Tisches sind gebeten Kontaktdaten bekannt zu geben.

Die Geschäftsstelle bittet um Zustimmung für den Versand von allgemein relevanten Unterlagen (Protokolle, Informationen) mit einem OFFENEN E-Mail Verteiler.

Die Geschäftsstelle informiert, dass die 1. Sitzung des Runden Tisches nicht wie angekündigt am 22.5.2019 stattfinden kann. Der neue Termin wird zeitnah bekannt gegeben. (Anmerkung: siehe dazu Schreiben vom 12.03.2019)

Das Protokoll der Arbeitssitzung geht an alle Teilnehmenden des Runden Tisches.

Geschäftsstelle des Runden Tisches
Wieners/Winterholler
11.3.2019

Teilnehmende der Arbeitssitzung am 13.02.2019

Runder Tisch „Gesundheitliche Versorgung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt“

Organisation	Vertreterin / Vertreter
Aktionsbündnis Patientensicherheit	Hedwig François-Kettner
Apothekerkammer Berlin	Claudia Achilles-Aust
Berliner Hebammenverband	Susanne RinneWolf
Berliner Krankenhausgesellschaft e.V.	Jasmin Adler
Berliner Praxisrat Gewalt gegen Frauen* und Kinder	Friederike Strack
	Sabine Harlos
Berufsverband der Frauenärzte e.V., LV Berlin	Dr. Christiane Wessel
Deutscher Verband für Physiotherapie e.V., LV Nordost	Annette Neurath
Geschäftsstelle Runder Tisch, S.I.G.N.A.L. e.V.	Marion Winterholler
	Karin Wieners
Hausärzteverband Berlin-Brandenburg	Doris Höpner
Kassenärztliche Vereinigung Berlin	Dr. Christiane Wessel
Landeskriminalamt Berlin, 133	Thomas Hoffmann
Landeskriminalamt Berlin, Prävention 2	Michael Bendix-Kaden
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie	Bettina Frank
Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung	Karin Schönbach
	Evelyn Labsch
Verband medizinischer Fachberufe e.V., LV Mitte-Ost	Susanne Geller